

„Fördern Sie die Studierenden nicht über Gebühr(en)“ – Ein Plädoyer für die soziale Öffnung der Hochschulen

Rede Regina Görner auf dem Hochschulpolitischen
Forum von HBS und DGB, Berlin 19. September 2009

Anrede,

wenn man die Sonntagsreden der Politiker, die Kommentare der Chefredakteure und die Stammtischreden all derer anhört, die zu wissen behaupten, worauf es in der Gesellschaft in Zukunft ankommt, dann gibt es eigentlich gar kein wirkliches Problem: Wir gehen in eine Wissensgesellschaft, in der Qualifizierung der maßgebliche Rohstoff ist. Bildung ist die entscheidende Stellschraube für die Bewältigung der Zukunftsprobleme. Und deshalb sollen auch noch die geringsten Begabungsreserven mobilisiert und entwickelt werden von der Kinderkrippe bis zum hohen Alter. Weit und breit ist niemand zu sehen, der ein Prinzip wie Lebenslanges Lernen überhaupt noch infrage stellen würde.

Dass die Wirklichkeit von diesen hehren Wahrheiten weit entfernt ist, hat inzwischen ja auch in die Schlagzeilen Einzug gehalten. Dass es in Deutschland einen eindeutigen Zusammenhang von Bildungschancen und Bildungserfolg mit dem sozialen Status der Eltern gibt, wissen wir nicht erst seit PISA. Und natürlich zeigt sich dies auch in den Hochschulen. Kinder aus

Akademikerhaushalten stellen nach der jüngsten Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks 83% der Studenten in Deutschland, die Kinder aus Nichtakademikerfamilien kommen auf gerade einmal 23%. Selbständigen- und Beamtenhaushalte haben einen weit höheren Anteil an den Studenten als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht, bei den Arbeiterhaushalten ist es genau umgekehrt. Wenn ich mich richtig erinnere, haben sich diese Sachverhalte seit den späten 60er Jahren, als ich ins Studium gegangen bin, trotz aller Bildungsexpansion, nicht entscheidend verändert.

Niemand würde in der Öffentlichkeit ernsthaft wagen, den Anspruch auf Bildung als Menschenrecht, das jedem zusteht, zu bestreiten, aber es gibt wenig ernsthafte Bemühungen, dieses Recht auch Wirklichkeit werden zu lassen. Und das wird in der gesamten Gesellschaft erstaunlich gelassen hingenommen. Offenbar wird – auch in den Gewerkschaften! -Bildung immer noch als eine Art „Sahnehäubchen“ verstanden, das sich eine Gesellschaft als Luxus gönnt oder auch nicht, wenn z.B. Haushaltsengpässe bestehen oder andere Probleme dringlicher erscheinen.

Aber Bildung ist kein „Sahnehäubchen“, sie ist nicht die Butter auf dem Brot. Sie **ist** das **Brot**. Nicht nur, dass diese hochentwickelte Industriegesellschaft und erst recht die postindustrielle Informationsgesellschaft zu ihrem Funktionieren ein bestimmtes Bildungs- und Qualifikationsniveau unbedingt benötigt:

Bildung hat längst eine weitere Funktion übernommen. Sie ist **das** zentrale Verteilungsinstrument einer Gesellschaft, in der Herkunft, Stand oder Vermögen nicht gelten sollen. Jedem – das ist der Anspruch! - soll alles möglich sein, jeder soll die gleichen Chancen haben. Aber natürlich ist die Summe der attraktiven Belohnungen begrenzt, und der erfolgreiche Weg dahin führt über die richtige Ausbildung an der richtigen Einrichtung. Hier entscheidet sich der Verteilungskampf.

Und damit geht es darum, die erworbene Qualifizierung nicht nur zu haben, sondern sie auch formell nachweisen zu können. Deshalb haben Zertifikate, aber auch Leistungsbenchmarks oder Instrumente wie der Europäische oder Deutsche Qualifikationsrahmen Jahr für Jahr mehr Bedeutung erlangt. Sie sind die „Waffen“, mit denen man sich im Verteilungskampf die Anteile sichert.

Der Verteilungskampf beginnt nicht irgendwo bei Null. Die die alten Pfründe und Privilegien hatten, wollen sie erhalten und suchen sich die Konkurrenz vom Halse zu schaffen. Der Zugang zu den richtigen Einrichtungen oder den richtigen Zertifikaten wird deshalb nach Kräften eingeschränkt. Flaschenhälse, durch die nur eine begrenzte Anzahl von Menschen kommen kann, werden eingebaut, wo immer dies möglich ist.

Das sagt man zwar heute nicht explizit, aber es finden sich schließlich genug wohlklingende Argumente - z.B. für Studiengebühren: die bessere Ausstattung von Hochschulen, die Verbesserung der Lehre oder

vermeintlich mehr Gerechtigkeit für Nichtakademiker, die für ihre Meisterausbildung anders als Studenten zahlen müssen. Und auch wenn sich an der Lehre nichts verbessert, die Ausstattung der Hochschulen weiterhin zum Himmel schreit und kein angehender Meister sich entlastet fühlt, werden Hochschulgebühren nicht nur durchgeboxt, sondern auch beibehalten, weil sie ihren eigentlichen, wenn auch ungenannten Zweck, einen Flaschenhals aufzubauen, ja erfüllen: Die Studierquote der Abiturienten aus Akademikerhaushalten blieb unverändert bei 75%, die der aus Nicht-Akademikerfamilien ist um 12% regelrecht eingebrochen und liegt jetzt nur noch bei 50 Prozent. Das ist die Wirklichkeit.

Bildung verteilt Lebenschancen. Genau deshalb sind die Bildungspolitiker mit ihrem hehren Anspruch auf Bildung für alle in den letzten Jahrzehnten immer wieder ins Leere gelaufen. Es gibt in dieser Gesellschaft zu viele, die auf Abschottung und Ausgrenzung setzen, und zu wenige, die Chancen und Durchstiegsmöglichkeiten eröffnen wollen. Deshalb dürfen die Gewerkschaften diese Prozesse nicht einfach sich selbst überlassen.

Aus diesem Grund kann die Bildungsfrage in den Gewerkschaften heute nicht mehr das Spezialgebiet für die GEW sein. Bildungspolitik ist unverzichtbares Element der Interessenvertretung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Damit ändert sich der Stellenwert von Bildungspolitik in den Gewerkschaften. „Die IGMetall ist Bildungsgewerkschaft“, hat unser Gewerkschaftstag im letzten November festgestellt. Und ich denke, das

muss für alle DGB-Gewerkschaften gelten, weil wir sonst unsere Aufgabe für unsere Mitglieder nicht richtig wahrnehmen können.

Es ist sicher kein Zufall, dass am Anfang der Gewerkschaftsbewegung die Arbeiterbildungsvereine standen. Schon damals war nicht zu übersehen, dass Bildung Macht bedeutet. Und das ist so geblieben, bzw. es hat in den letzten Jahren mit der Rückkehr des ungehemmten Kapitalismus wieder neu an Bedeutung gewonnen.

Verteilungsgerechtigkeit entscheidet sich zunächst an Bildungsfragen, und deshalb müssen Gewerkschaften den Bildungschancen ihrer Mitglieder ebensoviel Aufmerksamkeit widmen wie deren Eingruppierungsproblemen – wobei beides ja auch längst miteinander zusammenhängt.

Offene Zugänge zum Bildungssystem – das muss aus gewerkschaftlicher Sicht die Kernforderung unserer Bildungspolitik sein. Deshalb kämpfen wir für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot. Deshalb engagieren wir uns gegen Studiengebühren. Deshalb fordern wir eine Schule für alle. Deshalb streiten wir gegen 2jährige Ausbildungsberufe und eine berufliche Qualifizierung, die allein betrieblichen Interessen dient. Deshalb wollen wir für benachteiligte Jugendliche keine Nischenzertifikate, sondern Zugänge zu vollqualifizierenden Ausbildungen. Deshalb schließen wir Weiterbildungs- und Qualifizierungstarifverträge ab. usw., usw.

Und wir werden in Zukunft daran noch mit mehr Engagement arbeiten müssen, denn wir dürfen nicht zulassen, dass wir gute tarifliche Regelungen vereinbaren, unsere KollegInnen aber gar keine Chance mehr haben, davon zu profitieren, weil sie die qualifikatorischen Voraussetzungen nicht mitbringen.

Anrede,

der Zugang zu den Hochschulen wird durch Studiengebühren beschränkt. Damit können wir uns nicht zufrieden geben. Die Studiengebühren müssen weg. Sie führen nicht zu einer Qualitätsverbesserung. Die einzige Steuerungswirkung, die sie entfalten, besteht in der Abschreckung von Menschen, die sich keine finanziellen Risiken zumuten können. Und das können wir als Gewerkschaften nicht hinnehmen. Ich bin froh, dass wir inzwischen in Hessen und teilweise auch in Hamburg Beispiele dafür haben, dass man sie auch wieder loswerden kann.

Die Bereitstellung von Studienplätzen gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie kann nur an Private delegiert werden, wenn der Staat sicherstellt, dass Stipendien auch materiell weniger gut gestellten StudentInnen die volle Teilhabe ermöglichen. Dabei geht es nicht nur um die Gewährleistung des Lebensunterhalts, sondern auch um „alle an die privat betriebene Universität zu zahlenden Studiengebühren“. So haben es jedenfalls die Väter der Sozialen

Marktwirtschaft, Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack 1972 formuliert.

Diejenigen, die sich heute als deren Nachfolger ausgeben und mit den marktwirtschaftlichen Lösungen im Hochschulbereich liebäugeln, sollten das vielleicht mal ernst nehmen.

Von den tatsächlich bedarfsdeckenden Stipendien sind wir heute weiter denn je entfernt. Zwar hat die Baföganpassung 2004 die Quote der BafögbezieherInnen wieder etwas erhöht – von 20 auf 23%, aber wir sind doch unendlich weit zurück gegenüber den 50% Bafögbeziehern, die in den 70er Jahren üblich waren.

Man darf dabei nicht nur auf die reinen Euro-Beträge schauen, die Studierende heute für ihren Lebensunterhalt und die Kosten fürs Studium zur Verfügung haben. Die sozial Schwächeren haben nicht nur weniger Mittel zur Verfügung, sondern müssen auch einen größeren Teil von diesen geringen Mitteln durch eigene Erwerbstätigkeit finanzieren. Das schränkt ihre Zeitressourcen im Studium deutlich ein und baut angesichts der zeitlich gestrafften Studiengänge für Master und Bachelor neue Hürden auf, die junge Leute aus weniger begüterten Familien vom Studium abschrecken.

Hier ist dringender Handlungsbedarf, zumal eine Studie des HIS in Hannover gezeigt hat, dass der Staat, wenn man nicht nur auf Bafög, sondern auch auf alle anderen

studienbedingten Steuervorteile, Kindergeld, Zuschüsse zu Kranken- und Pflegeversicherung etc. blickt, faktisch alle Studenten gleich hoch subventioniert. Über alle Einkommensgruppen hinweg kommen auf jeden Studenten damit ca. 500,-€ öffentliche Mittel. Der Unterschied zwischen „arm“ und „reich“ beläuft sich nach den Forschungen des HIS gerade einmal auf 600,-€ jährlich. Hier wird also gleich behandelt, was unterschiedlich behandelt werden müßte – und auch hier steht eine Hürde, die Kinder aus weniger gut betuchten Familien vom Studium abschreckt.

Nur in öffentlicher Verantwortung kann letztlich sichergestellt werden, dass die Zugänge für alle offenbleiben. Aber leider stellt auch öffentliche Verantwortung noch nicht aus sich heraus sicher, dass keine Abschottungsmechanismen aufgebaut werden. Die Erfahrungen machen wir ja seit einigen Jahren immer wieder.

Die Probleme lassen sich nicht mit ein bisschen Kosmetik an Bedarfssätzen und Freibeträgen lösen. Hier muss man die Struktur verändern. Schon im letzten Bundestagswahlkampf haben Gewerkschaften für das sog. „Körbe“-Modell plädiert. Auch wenn wir formal noch keine regelrechte Beschlusslage dazu im DGB haben, spricht m.E. viel dafür, dass man die im Steuersystem enthaltenden Fördermittel mit den Bafögmitteln zu einer Leistung verkoppelt und damit den hier völlig unangebrachten Egalisierungseffekt aufhebt und tatsächlich diejenigen fördert, die der Förderung

bedürfen. Machbar und finanzierbar ist das. Es kommt auf den politischen Willen an.

Es reicht nicht, nur über die Bedeutung von Bildung zu reden, sondern wir müssen bei den Entscheidungsträgern Mehrheiten dafür gewinnen, dass die Zugänge zu Bildung und Qualifizierung nicht rationiert werden dürfen, sondern offen bleiben müssen.

Auch wenn wir international einen Trend zu mehr privater Finanzierung des tertiären Bereichs konstatieren müssen: Im OECD-Durchschnitt macht das bereits 27% der entsprechenden Haushalte aus, in den USA sogar mehr als die Hälfte der zur Verfügung stehenden Mittel. Ich plädiere dafür, sich diesem Mainstream bewußt nicht anzuschließen, sondern dagegenzuhalten.

Die großen Wirtschaftsverbände und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft wollen es anders: Sie haben vor einigen Tagen ein neues Finanzierungssystem für die Hochschulen vorgeschlagen, das auf eine Erhöhung der den Unis zur Verfügung stehenden Mittel hinauslaufen soll. Zahlen sollen das die Studenten mit einer bundesweit eingeführten Studiengebühr von 1000,-€ pro Jahr. Das soll etwa 2Mrd. € zusätzliche Einnahmen bringen. Die schönen Aussichten, die den Hochschulen damit vorgegaukelt werden, dürften sich allerdings als Milchmädchenrechnungen erweisen.

Dieses System wird die Studienanfängerzahlen weiter nach unten treiben. Und es wird einen hohen Preis kosten, nicht nur an vorenthaltenden Zugangschancen

für einzelne, sondern auch an ungehobenen Begabungsreserven für die gesamte Gesellschaft und damit nicht zuletzt auch an Entwicklungspotential für die deutsche Wirtschaft.

Anrede,

es sind aber nicht nur die materiellen Rahmenbedingungen, die Menschen vom Hochschulstudium abhalten. Es wird leicht übersehen, dass wir auch ein Problem bei den Hochschulzugangsberechtigungen haben. Die Zahl der Menschen mit Abitur ist seit den 70er Jahren zwar nicht unerheblich angestiegen, deshalb geben wir uns leicht der Illusion hin, hier sei kein Handlungsbedarf mehr.

Aber das stimmt nicht. Die inzwischen heiss diskutierte Frage des Fachkräftenachwuchses in den MINT-Berufen oder im Ingenieurwesen zeigt, dass wir die Potentiale der Menschen mit beruflichen Erfahrungen, die keine Hochschulzugangsberechtigung haben, noch nicht einmal annähernd ausschöpfen. Und ehe wir uns wie viele Wirtschaftsvertreter den Kopf darüber zerbrechen, wie man in Osteuropa Fachkräfte abwerben kann, sollten wir zunächst einmal fragen, was wir hier in Deutschland selbst tun können, um das Gold in den Köpfen der Menschen zu heben.

Leider wird dieses Gold nicht zuletzt dank des Kulturföderalismus beständig verschwendet. Hochschulzugang ist in Deutschland Landesrecht. Auch hier wurden Hürden aufgebaut und dauerhaft verteidigt.

Jedes Bundesland hat zwar formal irgendwelche Zugangsmöglichkeiten zum Studium für Menschen, die aus dem Kreis der Berufserfahrenen ohne Abitur kommen. Aber faktisch sind diese Regelungen so divergierend und intransparent, dass sie vom Studium erst mal systematisch abschrecken.

Der zuständige Referatsleiter im Bundeswirtschaftsministerium hat dazu auf einer Sitzung des Innovationskreises Berufliche Bildung der Bundesregierung festgestellt, dass, wer den Wust von Regelungen dazu in den Bundesländern durchschauen wolle, eigentlich erst schon mal ein Studium abgeschlossen haben müßte.

Anrede,

das ist doch alles vorsintflutlich! Wenn man in diesem Land die Begabungspotentiale entfalten will, muss dieser ganze Regelungsmüll endlich ad acta gelegt werden. Das wäre im Übrigen auch ein schöner Beitrag zur Entbürokratisierung, mit der so viele PolitikerInnen ja so gern kokettieren!

Wir brauchen ein bundeseinheitliches, einfaches, transparentes Zugangsrecht zu den Hochschulen, das Anreize zum Studieren setzt, aber nicht immer neue Hürden aufrichtet. Ziel muss sein, dass der erfolgreiche Abschluss in einem dualen Ausbildungsberuf grundsätzlich zu einer Studienberechtigung führen muss.

Bei dieser Frage sitzen die Bremser mal ausnahmsweise nicht in der deutschen Wirtschaft, sondern hier mauern die Hochschulen selbst. Ehrlich gesagt verstehe ich nicht, wieso sich die Hochschulleitungen und Lehrstuhlinhaber zum Büttel der Selektion machen lassen. Die Leistungsfähigkeit des deutschen Hochschulwesens zeigt sich doch nicht daran, wie sehr es in der Lage ist, Studenten auszusieben. Es geht doch erklärtermaßen darum, wissenschaftliche Spitzenleistungen zu erreichen, und die sind doch umso eher zu erreichen, je stärker man die vorhandenen Potentiale anreizt und weiterentwickelt. Deshalb müßte schon aus diesem Grund Ermutigung und nicht Abschreckung auf der Tagesordnung stehen.

Ich ermuntere die Gewerkschaften, dieses Thema mit Nachdruck zu verfolgen. Wenn es uns gelingt, hier Hürden weg zu schaffen, wächst nicht nur die Durchlässigkeit des Bildungswesens, sondern es eröffnen sich für ArbeitnehmerInnen auch im Lebensverlauf Chancen, die ihnen heute systematisch vorenthalten werden. Das sind wir unseren KollegInnen schuldig.

Es ist schon absurd: Wenn man Hochschullehrer spricht, die Erfahrungen mit Studierenden haben, die aus der beruflichen Praxis kommen – allzu viele sind es ja leider nicht! – dann hört man jedenfalls einhellig eine positive Bewertung ihrer Studienleistungen, und auch die Unternehmen bevorzugen nicht zuletzt im Ingenieurbereich Hochschulabsolventen, die nicht nur die Theorieseite, sondern auch die Praxis kennen und

verstehen. Hier ist politischer Handlungsbedarf, den die Bundesregierung auf dem Bildungsgipfel dringend zum Thema machen müsste.

Und auch hier geht es wieder nicht nur um abstrakte Rechtsnormen, sondern auch um die Gewährleistung der materiellen Rahmenbedingungen. Die Absicht der Bundesregierung, ein sogenanntes Aufstiegsstipendium für Berufserfahrene in die Welt zu setzen, ist natürlich zu begrüßen. Aber gut gemeint, ist leider noch nicht gut gemacht. Insgesamt ist die in Aussicht gestellte Zahl der Stipendien ebenso unzulänglich wie das vorgesehene Fördervolumen. Und ob das dafür vorgesehene Auswahlverfahren nicht wieder nur eine neue Zugangshürde darstellt, dürfte jedenfalls noch nicht widerlegt sein.

Was wir brauchen ist ein Bundesprogramm „Facharbeiter, Techniker, Meister an die Hochschule“, Facharbeiterinnen, Technikerinnen und Meisterinnen sind selbstverständlich mitgemeint! Dieses Programm sollte Betriebe und Studienwillige informieren, ermutigen und beraten, und Hochschulen dabei unterstützen, ihr Studienprogramm entsprechend auszurichten.

Und natürlich müssen im Berufsleben erworbene Kompetenzen für das Studium angerechnet werden können. Dass das sinnvoll und möglich ist, haben wir mit dem ANKOM-Projekt zeigen können.

Anrede,

es gibt also viele Baustellen, wenn es darum geht, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Zugänge zum Hochschulstudium zu eröffnen oder offenzuhalten. Die Forderung nach Abschaffung der Studiengebühren ist dabei nur ein Element.

Wir haben im DGB allen Grund, nicht um den heißen Brei herumzureden, sondern auch hier die Verteilungsfrage zu stellen. Wenn diese Gesellschaft ihr Wohlstandsversprechen für die BürgerInnen einhalten will, wenn sie von Chancengleichheit nicht nur reden, sondern sie ernsthaft ausgestalten will, dann ist ein Kurswechsel bei Rahmenbedingungen für das Studium unverzichtbar. Wir sollten an der Spitze der Bewegung stehen.